

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und 0.30 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifen 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Andergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Beilagen 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 577.

Nr. 269.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 17. November 1931.

13. Jahrgang.

Wah dich vom Werk als Sklav nicht treiben,
Der Geist ein Herr des Werks muß bleiben.

Tersteegen.

Die erste Etappe des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Von Dr. Herbert Jagow-Berlin.

Die jüngste Notverordnung enthält bekanntlich einen Abschnitt „Landwirtschaftl. Siedlung, vorstädtische Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose“, der eine Erweiterung der Möglichkeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes bringt. Damit wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder auf den Arbeitsdienst gelenkt. Man fragt jetzt mit Recht, welche praktischen Wirkungen die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes bisher gehabt hat.

Man hat nicht erwartet, daß sich gleich Hunderttausende von Erwerbslosen zur Verfügung stellen. Das wäre auch gar nicht wünschenswert. Der Dienstpflichtgedanke wurde gerade auch darum vom Gedanken der Freiwilligkeit abgelöst, weil zunächst einmal einer Auslese die Möglichkeit geschaffen werden soll, Pionier auf diesem an Schwierigkeiten überreichen Wege zu werden. Man muß dem Arbeitsdienst ein organisches Wachstum wünschen, wenn Fehlschläge vermieden werden sollen. Die Freiwilligkeit erleichtert die Bildung gesinnungsverwandter Gemeinschaften; diese halten eher durch, sie lösen die Führungsverfrage leichter und leisten auch die Erziehungsaufgabe besser, die zum Wesen des Arbeitsdienstes gehört.

Die vom Gesetzgeber getroffene Regelung des Arbeitsdienstes hat sich im wesentlichen bewährt, wenn auch die zur Verfügung gestellten Mittel sehr knapp sind. Die Bedenken in Arbeiterkreisen, die fürchteten, daß der Arbeitsdienst die Löhne verschlechtern und Arbeiten vorwegnehmen werde, die sonst im freien Arbeitsverhältnis würden geleistet werden müssen, sind geringer geworden. Nur in Einzelfällen führte diese Sorge in Kommunen und Arbeitsämtern zu einer gewissen Engherzigkeit in der Genehmigung. Da die meisten Projekte ländlicher Natur sind (Meliorationen, Oedlandkultur, Wegebau, Flußregulierung u. dergl.), gilt es besonders, das berechnete Interesse der Land- und Forstarbeiter im Auge zu behalten, die mit mehr als 100 000 Erwerbslosen schwer durch die Krise getroffen sind: in vielen Fällen bedarf es in der Tat sehr sorgfältiger Prüfung, ob wirklich keine Auslastung besteht, daß die Projekte in den nächsten Jahren etwa auf dem Wege von Notstandsarbeiten (die ja nicht zum „freiwilligen Arbeitsdienst“ gehören) durchgeführt werden. Ein Mangel liegt u. E. in der Begrenzung des freiwilligen Arbeitsdienstes auf 20 Wochen. Gerade Organisationen, die schon vor der gesetzlichen Regelung begonnen haben, machen die Erfahrung, daß der Dienstwillige in zahlreichen Fällen nicht mehr zurück will, und müssen nun versuchen, ihn mit eigenen Mitteln weiter durchzuhalten.

Ein Rundgang über das Feld des freiwilligen Arbeitsdienstes ergibt folgendes Bild: Die schon vor der Arbeitsdienstverordnung in Angriff genommenen praktischen Arbeiten werden weiter geführt. Sie verfolgen größtenteils das Ziel der Siedlung. Die evangelische Siedlerschule Dießelkow und ihr katholisches Gegenstück, beide in Mecklenburg, haben in diesem Jahre voll mit ihrer Arbeit eingeseht. Der Sigmarshof (Westfalen), eine Schöpfung der Anstalt Bethel, der der Umschulung jugendlicher Erwerbsloser von der Industrie zur Landwirtschaft dient, betreut zur Zeit mehr als 220 Jungen, gegenüber 35 bis 40 im Vorjahr. Der größere Teil der Sigmarshofer wird für den Osten angefaßt, während die mecklenburgischen Siedlerschulen sich stark auf die Siedlung Süddeutscher in Norddeutschland eingestellt haben. Ueber die spätere Betreuung, die Führerfrage in den Arbeitskolonnen, die Verschiedenartigkeit des ländlichen und städtischen Arbeitsbegriffes liegen weitgehende Erfahrungen vor. Als ungeklärt wird die Frage angesehen, woher die umgeschulten jungen Männer ihre Frauen bekommen; bekanntlich scheitert die Siedlung häufig an der Frau.

Diese Schwierigkeit hat dazu geführt, daß die Evangelisch-soziale Schule (Spandau) begonnen hat, neben den männlichen jetzt auch weibliche Erwerbslosenlager einzurichten. Sie versucht, rund 500 Erwerbslose über den schweren Winter zu bringen, darunter zahlreiche Wohlfahrtsdienstlose. Im Anfang war die Absicht dieser Lager nicht die, für die Landwirtschaft umzuschulen; die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß ein großer Teil der Industriearbeiterschaft Freude an landwirtschaftlicher Arbeit bekommt und die eigenen Berufsaussichten so ungünstig beurteilt, daß er endgültig zur Landwirtschaft übergehen

möchte. Arbeitsgelegenheit soll durch Verdrängung der polnischen Schnitterkolonnen geschaffen werden. Auch die Artamanenbewegung ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

Mit dem Ziel der Ueberwindung der Klassen-gegensätze wirkt der Jungdeutsche Orden durch seine Landnehmerbewegung (Freikorps der Arbeit). In Bauten sind, um ein Beispiel zu nennen, 120 Mann zur Regulierung des Albrechtbaches eingesetzt; von ihnen rekrutieren sich 25 Prozent aus Anhängern des Nationalsozialismus und linksradikaler Parteien. Hunderte von Bewerbern mußten auf später vertröstet werden. Die Stahlhelm-Selbsthilfe hat an einer Reihe von Orten eingesetzt. In Leipzig hat das Reichsbanner mit freiwilligem Arbeitsdienst begonnen. Viel beachtet wird der „Bund f. freiwilligen Volksdienst“, den Konrad Dr. Wendler in Reutlingen (Württbg.) ins Leben gerufen hat; in der Kameradschaft Friedrich List arbeiten 60 Dienstwillige am Aufbau einer Siedlung.

Auch Studenten werden als Arbeitsdienstwillige anerkannt. 200 Leipziger Studenten arbeiteten in Oberschlesien (Flußregulierung gegen Hochwassergefahr). Die Stuttgarter und Hohenheimer Studentenschaften riefen zur Notbachregulierung im Oberamt Crailsheim auf. 65 Mann, je zur Hälfte Tübinger Studenten und Erwerbslose, haussieren bei Mönningen einen Waldweg. Heidelberger Studenten arbeiten zusammen mit Bauernsohnen im Schwarzwald.

Eine Reihe der großen konfessionellen Verbände — die christlichen Jungmännervereine, die karitativen Organisationen usw. —, die auf dem Gebiete der sozialen Arbeit und Wohlfahrtspflege, der Schulung und Erziehung eine jahrzehntelange Erfahrung besitzen, stellen frühere Arbeiten auf freiwilligen Arbeitsdienst um und stehen in weitergreifenden neuen Plänen. Gerade die Gründlichkeit, der Austausch der gegenseitigen Erfahrungen, die Durchführung auch kleinerer örtlicher Projekte dürften ihre Stärke sein. Im Rahmen der Winterhilfe der freien Wohlfahrtspflege werden Suppenküchen, Kleider Sammlungen, Fortbildungskurse und dergleichen im Arbeitsdienst durchgeführt werden. Daß sich auf diesem Wege die Arbeitslosen an den für sie bestimmten Fürsorgemaßnahmen selbst aktiv beteiligen, ist von großem psychologischen Wert. Unter Führung von Pfarrern werden in einer weitverbreiteten Provinz Lehrwerkstätten für erwerbslose Jugendliche eingerichtet, Landparzellen, die von einem Bergwerksverein zur Verfügung gestellt sind, werden in Bearbeitung genommen, Waldgelände wird für die Schaffung von Jugendlandheimen urbar gemacht.

Es ist der Zweck der „Reichsberatungstelle für den freiwilligen Arbeitsdienst“, die der kirchlich-soziale Bund in Spandau (Johannestift) ins Leben gerufen hat, die verschiedenen Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes anzuregen, zu ermutigen und einen fortlaufenden Erfahrungsaustausch zu unterhalten. — Mögen aus dem freiwilligen Arbeitsdienst, der eine harte Schule für viele ist, Menschen derart in das Leben der Wirtschaft hineingewachsen, die von einem neuen Sinn der Arbeit wissen und sie wieder verstehen und tun als Dienst am Nächsten, am Volk.

Sachlichkeit.

Von Theodor Haug, Tübingen.

Der Aufwärts hat sich die nötige, aber überaus schwierige und undankbare Aufgabe gestellt, nicht einer Partei zu dienen, sondern politische Fragen in christlichem Sinn zu erörtern und zur politischen Verständigung unter den evangelischen Christen beizutragen. Das führt dazu, daß die Geister in seinen Spalten immer wieder ziemlich heftig aufeinanderprallen, auch, wenn sie „nur einige sachliche Erwägungen“ anstellen. Darum ist es wohl angebracht, sich über die heute so viel besprochene Sachlichkeit Gedanken zu machen, soweit sie für politische Erörterungen in Betracht kommen. Nur so wird ihre Möglichkeit und Grenze deutlicher. Ich stelle vier Sätze auf, die ich in der Hauptsache aus den Auseinandersetzungen belege, die in den letzten Wochen im Aufwärts über die Entscheidung des Christlichen Volksdienstes bei der letzten Reichstagsitzung geführt wurden (Nr. 247, 252, 258 260).

1. Sachlich ist es, die vorhandenen Gegenstände anzuerkennen. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß es in der evangelischen Christenheit Deutschlands heute drei Gruppen gibt. Einmal die mit der nationalen Bewegung Verbundenen; sie sind zahlenmäßig in starker Mehrheit. Dann die hinter dem Volksdienst Stehenden, zu ihnen gehören noch viel Unsichere und Schwankende. Endlich die religiösen Sozialisten; sie sind eine kleine, aber nicht bedeutungslose Schaar, die im

Aufwärts selten zu Wort kommt. Das ist eigentlich schade, da sie auch etwas zu den strittigen Fragen zu sagen hat. Doch beschränke ich mich hier auf die ersten beiden Gruppen. Wer sie aufmerksam beobachtet, insbesondere, wer neben dem Aufwärts regelmäßig eine Volksdienstzeitung liest, kann ohne Schwierigkeiten feststellen, daß zwischen ihnen tiefgreifende, durchgehende Meinungsunterschiede bestehen. Die einen sagen: Brüning ist zur Zeit der fähigste Mann, den wir haben; „er ist seiner Aufgabe gewachsen“. Die andern: Er treibt „Katastrophenpolitik“ und muß daher gestürzt werden. Die einen: Harzburg war eine Enttäuschung, ein unnatürlicher Pakt Hitlers mit den „Sozialreaktionären“, die dort vertretenen Parteien sind „unter sich völlig uneins“. Die andern: Harzburg war ein „großes nationales Erlebnis“, ein Zeichen für den „Ausbruch der Nation“, die nicht zu leugnenden Unterschiede in den Auffassungen der einzelnen Gruppen sind belanglos. Die einen sehen in dem Feldgottesdienst in Harzburg eine schlimme Verirrung, ja, eine Verführung am wahren Christentum, die andern einen Höhepunkt religiöser Weihe für eine gottwohlgefällige Sache. Die einen urteilen: Eine Rechtsregierung ist in der heutigen parteipolitischen Lage unmöglich. Die andern: Eine Rechtsregierung ist möglich und das einzig richtige. Die einen meinen: Eine Rechtsregierung bedeutet „Abschaffung des Tarifrechts“ und damit eine „Politik, die die Schwachen heranzieht und die starken laufen läßt“. Die andern: Hugenberg wird gerade den Arbeitern Arbeitsmöglichkeit und Befreiung bringen. Die einen glauben, das Reden gegen die Revision, das Scharfbaumen gegen die Kriegsschuldfrage, die schon oft widerrufen sei, habe gar keinen großen Wert; wir müßten als besiegtes Volk in ganz langsamen, überaus mühseligen Schritten unter Rückschlägen um jeden Fußbreit kämpfen, wir hätten keine andere Wahl, als eben zu verhandeln. Die andern versprechen sich von der „Abschüttelung der Kriegsschuldfrage, die noch immer vergiftend auf uns lastet, und uns zu entmannten Parias der Welt macht“, eine entscheidende Milderung unserer Lage. Sie sind der Ueberzeugung, wenn wir nur „Befreiung von der Schuld knechtschaft, von der Sklaverei durch das Ausland“ wollen, dann werden wir über „die schönen Reden der Diplomaten“ hinauskommen und die Auswirkungen entscheidenden nationalen Willens sehen. Die einen fürchten, mit dem Sieg des dritten Reiches werden die Parteikämpfe erst recht kommen. Die andern sagen: „Der Ausbruch der Nation wird jede Parteipolitik weglegen“. — Dem Volksfreund tut das Herz weh ob dieser Zerküftung. Aber sie ist da. Wir haben diese Gegensätze zu sehen, und jeder Versuch, sie zu verwischen, ist im gegenwärtigen Zeitpunkt unsachlich.

2. Sachlich ist es, Verdächtigungen zu lassen. Von Haus aus bedeutet sachlich sein für die meisten Menschen nur eine Gelegenheit, ihre eigene Sache zu vertreten. Und das geht ohne Verdächtigung des Gegners nicht ab. Natürlich sehr oft unbewußt und nicht in grober Form. Dafür sind die oben angeführten Artikel ein schlagender Beleg auf beiden Seiten. Mumm regt sich darüber auf, daß die Rechtsradikalen den Reichstag verlassen und dadurch die Arbeit für die Kriegsbeschädigten und den Panzerkreuzer B gefährdeten. Er sagt in dem Augenblick nichts davon, daß diese kleinen Ziele um des großen Ziels vernachlässigt wurden, das die Rechtsparteien erstreben; und dadurch verdächtigte er sie bei den Lesern, als hätten sie nicht vaterländisch, nicht sozial gehandelt. Seine Gegner haben diese Schwäche sofort erkannt und ausgenutzt. Ein Rechtsradikaler schreibt: Hitler will Deutschland retten, aber nicht das Regiment des Zentrums und der Sozialdemokraten. Es wäre für den Volksdienst gut gewesen, er hätte auch so gedacht und gehandelt. Woher weiß der Mann, daß es dem Volksdienst nicht genau ebenso um Deutschland geht und nicht um irgendeine Partei? Oder: „Der Volksdienst hat sich vorher einige Versprechungen geben lassen, wegen größerer Wahrung evangelischer Belange, weil er wohl die Belastung empfand, die ein so entschiedenes Eintreten für das im Reich und in Preußen unumschränkt herrschende, sozialistisch gebundene Zentrum im Lande für ihn mit sich bringen mußte.“ Hier ist dem Schreiber wieder eine unberechtigte Verdächtigung in die Feder geflossen. Warum soll der Volksdienst diese Forderung nicht aus sachlichen Gründen gestellt haben, ohne Rücksicht auf Wahlpropaganda? Die Verfasser parteipolitischer Aufsätze tun häufig so, als könnten sie dem Gegner bis ins Herz sehen und behaupten kühn drauf los. Gewiß hat der Politiker viel Schein und Maske zu entlarven. Aber es darf nicht soweit kommen, daß wir überhaupt nicht mehr recht hören und lesen, was der andre eigentlich sagt. Und wir dürfen nie ohne ernstesten Grund dem Gegner Absichten unter-

stellen, die er nicht geäußert hat. Sonst verdächtigen wir ihn. Wir zerstören, statt aufzubauen. Das ist unsachlich.

3. Sachlich ist es Entgleisungen zu entschuldigen. Im Eifer des Gefechts gibt es immer Splitter. Wer so viel redet und schreibt wie der Parlamentarier, dessen Worte darf man nicht auf die Goldwaage legen. Wie kam Mumm zu seiner als unbillig empfundenen Verdächtigung? Ich denke mir so: Er hat die Früchte dieses Auszuges aus dem Reichstag in seiner Arbeit zu spüren. Man kann sich wirklich ärgern, wenn bedrängte Kriegsbeschädigte nicht zu ihrem Recht kommen und andere wichtige Beschlüsse nicht gefaßt werden können, weil eine Partei nicht mitläuft. So hat ihm der Gedanke an das Nächstliegende die Feder geführt. Das ist verständlich. Oder warum hat der Nationalsozialist so temperamentvoll auf den Volksdienst losgehauen? Ich nehme an, er kann aus seinem nationalen Vollen heraus nicht begreifen, daß ernste vaterländisch gesinnte Menschen auch anders entscheiden wie er, und dann sind ungeschickte Äußerungen von Volksdienstlern ihm eine Bestärkung seiner Ansicht. Es wäre viel gewonnen, wenn wir im politischen Leben, wenigstens soweit wir Christen sind, Entgleisungen nicht vergrößerten, sondern entschuldigend im Bewußtsein, daß uns selbst immer wieder Ähnliches begegnet. Das ist sachlich.

4. Sachlich ist es endlich, an der Ueberbrückung der vorhandenen Gegensätze zu arbeiten. Wer das tut, faßt eine unendlich schwierige Aufgabe an. Wir sind, mehr als die meisten wissen, durch Umgebung, Erziehung und Lebensführung bestimmt und können nur schwer aus dem Kreis heraus, in dem wir uns bewegen. Wir legen an die andern unsere Maßstäbe an. Und wenn wir die Einsicht und den Willen zum Verstehen haben, geht nicht selten im entscheidenden Augenblick unser Temperament mit uns durch. Trotz allem besteht bei uns Christen am ehesten Aussicht auf ein Verstehen und auf eine gewisse Annäherung, wenn wir uns bemühen bleiben, daß wir als Brüder und Schwestern zusammengehören, nicht bloß deshalb, weil wir Glieder eines Volkes sind, sondern weil wir einen Vater im Himmel haben, weil Christus auch die politischen Leidenschaften — sie gehören zu den schlimmsten — dämpfen kann, und alle, die ernst mit ihm verbunden sind, in die Wahrheit hineinleiten, Schritt für Schritt.

Es ist leicht möglich, daß ich trotz meines Bemühens, sachlich zu sein, erst wieder da und dort nicht sachlich genug war. Dann möge man es verzeihen und daraus ersehen, wie schwer die Sachlichkeit ist. Volle Sachlichkeit gibt es auf Erden nicht!

Evangelische Kirche und Nationalsozialismus.

In Nr. 260 des Aufwärts tritt Frau S. Simpfendorfer meinen Ausführungen: Evangelische Kirche und Nationalsozialismus entgegen. Art und Inhalt der Entgegnung machen meine Antwort nötig. Frau S. hat meinen Aufsatz offenbar oberflächlich oder nicht mit jenem nüchternen Sinn gelesen, den er erfordert hätte. Schon die Ueberschrift hat sie nicht genau gelesen, also auch nicht verstanden. Ich habe nicht mit dem sogenannten Nationalsozialismus und seinem Christentum beschäftigt, sondern mit den Nationalsozialisten, wie ich sie in der Gemeinde, im täglichen Leben und im Gottesdienste vorfinde. Auch ist erst recht nicht mit einer Silbe der Partei als solcher gedacht, geschweige, daß ich mich mit großer Wärme, ja, Leidenschaft für die Partei eingesetzt hätte.

Der Philosoph G. W. Fr. Hegel.

Zum 100-jährigen Todestage am 14. 11. 1931.

Zur Vorfeier dieses Tages hat in Berlin ein Hegel-Kongreß stattgefunden, auf dem die hervorragenden Hegelkenner des In- und Auslandes sich eingefunden hatten, um ein Gesamtbild des Hegelschen Systems in all seinen Zweigen entstehen und in seiner Bedeutung für die Gegenwart erscheinen zu lassen. Daraus geht klar hervor, daß der große Philosoph, obwohl er vor 100 Jahren gestorben, noch nicht tot ist, sondern noch fortlebt, und man hat gerade von unserer Zeit mit Recht gesagt, so wie Kant seine Renaissance im Neukantianismus hat, so habe auch Hegel in unserer Zeit eine Auferstehung erlebt.

Hegel wurde am 27. 8. 1770 in Stuttgart geboren. Seine Philosophie ging aus von Kant und beruhte auf der absoluten Identität zwischen Wissen und Sein. Der große Schwabe, ausgerüstet, mit der spekulativen Begabung seines Volkstammes (dem auch der Theosoph Detinger und der Philosoph Schelling angehörten), traute sich mit seinem tiefen Forscherfönn und seiner glühenden Phantasie zu, das Höchste zu wagen und alle Rätsel des Lebens in seinem grandiosen System zu lösen, und die Einheit des Denkens und Seins zu beweisen, indem er das Leben der Welt als den unendlichen dialektischen Prozeß des sich selbst denkenden absoluten Geistes darstellte. Als ein zweiter Aristoteles trug er, wie Treitschke sagt, in den mächtigen Rahmen seines Systems mit ungeheurem Fleiß die Ergebnisse der gesamten Erfahrungswissenschaften seiner Zeit ein, so daß die ganze Welt der Natur, der Geschichte, des Rechts und der Religion ihre Stelle angewiesen erhielt.

Herrntragend war er, der der romantischen Schule nahestand, auf dem Gebiet der Ästhetik. Was er hier sagte, war groß und tief, so daß später und auch noch heute alle ernstlichen Ästhetiker (wie Rosenkranz und Dr. Bischof) sich bemüht oder unbewußt an ihn anlehnen.

Nach fruchtbarer war seine Rechtsphilosophie. Er war der erste politische Kopf unter den deutschen Philosophen. Er sah den Staat an als den verwirklichten sittlichen Willen. Damit beseitigte er die Lehre des Naturrechts sowohl wie die Romantik und erzog die Deutschen zu

Wie mir des weiteren auf Grund meines Auftrages Preisgabe des mir anvertrauten Erbes eines Martin Luther vorgeworfen werden kann, ist mir unverständlich. Habe ich doch gerade die seelsorgerliche, ja, missionarische Aufgabe der evangelischen Kirche gegenüber den Nationalsozialisten gewahrt und mit Genugtuung festgestellt, daß ihr Führer das Kreuz Christi nicht ablehnt, sondern es nur aus den Händen von Menschen befreit wissen will, die es zur Erringung der Macht mißbrauchen. Abstoßendes, Unerlöstes habe ich wohl bei den Nationalsozialisten festgestellt. Davon gibt es bei allen anderen Christen auch genug.

Unbestreitbar aber finde ich bei den Nationalsozialisten das Reich Gottes bejahende Kräfte, wenn ich ihren Niesenkampf gegen den jüdischen Mammongeist, unbiblische Machtansprüche der römischen Kirche und den alles Ueberirdische verneinenden Bolschewismus betrachte. Daran können mich auch die unsachlichen Zwischenrufe nationalsozialistischer Redner im Reichstag nicht irre machen. Sie zielen am echten christlichen Leben vorbei und treffen nur ungesunde Auswüchse der christlichen Frömmigkeit. Es sind überdies im Kampf gefallene Ausdrücke und als solche zu werten.

Mit feierlichem Ernste aber erhebe ich Einspruch gegen die Gleichstellung des Nationalsozialismus und Bolschewismus durch Frau S., welche es übers Herz bringt, den Nationalsozialismus als „obersten der Teufel“, Bezeub, zu bezeichnen. An dieser Verfluchung des Nationalsozialismus gemessen, nehmen sich die Zwischenrufe einiger nat.-sozialist. Abgeordneter beinahe harmlos aus. Gerne will ich hoffen, daß „Simpfendorfer“, der Name der Verfasserin der Entgegnung, nicht auf Inspiration aus dem Lager des „Christl. Volksdienstes“ hinweist. Sonst hätte meine Gegnerin der jungen Partei einen sehr gefährlichen Schlag versetzt.

S. Hoffmann, Pfarrer, Gleina, Zeitz Land.

Ländliche Siedlung.

Zum preußischen Staatskommissar für Siedlungswesen ist Ministerialdirektor Bollert, der bisherige Leiter der Siedlungsabteilung des preußischen Landwirtschaftsministeriums, ernannt. Die Richtlinien Preußens zur Durchführung der ländlichen Siedlung im Jahre 1932 sind nach Besprechungen mit den Reichsbehörden fertiggestellt und werden demnächst veröffentlicht. Sie sehen eine wesentliche Verbilligung, vor allem durch Einschränkung der Gebäude, größtmögliche Ausnutzung der alten umzubauenden Guts Häuser und durch Mitarbeit des Siedlers bei der Herrichtung der Stellen, vor. Man rechnet mit Anzahlungen besonders in den eigentlichen Ostprovinzen von nur noch 1000 bis 2000 RM für 60 Morgen-Bollbauernstellen, einschließlich des notwendigen Inventars. Auf diese Weise sollen in größerem Umfange auch städtische Erwerbslose zur landwirtschaftlichen Siedlung herangezogen werden, soweit sie vom Lande stammen. In geeigneten Fällen durch Einschaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes geplant.

Das Projekt des Evangelischen Siedlungsdienstes, im kommenden Jahre 1000 Arbeiter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet in ihre Heimat Ostpreußen zurückzuführen, wird auf amtlichen Behördenkonferenzen in den nächsten Wochen entscheidend vorbereitet.

Dr. Schulz-Bielefeld.



der Bakterienfilter
in der Westentasche
desinfiziert Hals und Mund!

einer staatsbürgerlichen Gesinnung. In ähnlicher Weise wie Kant mit seiner Pflichtenlehre, hat Hegel mit der in historischem Sinne ausgebildeten Philosophie und Ethik des Rechts eine große wissenschaftliche Tat vollbracht, wenn er auch die Idee des Staates manchmal bis zur Omnipotenz überspannte.

Gleich Herder erkannte er in jedem Volke einen besonderen Gedanken Gottes und sprach die Wahrheit aus, daß die Geschichte eines Volkes, wenn sie auch zuweilen einen Zirkelschluß einschlägt, doch schließlich ein Fortschritt im Sinne der Freiheit ist.

Weitreichend war auch sein Einfluß auf die Naturphilosophie und Religionsphilosophie, obwohl ihm in jener Alexander von Humboldt und in dieser Schleiermacher sich überlegen zeigten. In der Religionsphilosophie gingen seine Schüler sehr weit auseinander, die einen zur Rechten (z. B. Daub, Marheineke), die andern zur Linken (besonders Dr. Fr. Strauß, der bei dem Pantheismus landete). Man hat auch Hegel diesen oft untergeschoben, aber einer der gründlichsten neueren Kenner des Hegelschen Systems, Lasson, betont: „Hegel ist niemals Pantheist gewesen, und seine Auffassung des Christentums ist zu jeder Zeit der von Strauß gerade entgegengesetzt und bis an sein Lebensende eine mehr mythische gewesen.“

Etwa 20 Jahre hindurch, bis 1840, ist die Philosophie Hegels auf den preußischen Universitäten in unbeschränkter Herrschaft gewesen. Dann aber, nachdem man aus dem Rausche des Idealismus zur Ernüchterung kam, hatte man einen Widerwillen gegen alle Spekulation und wandte sich der naturwissenschaftlich-materialistischen Richtung zu. In unserer Zeit aber bahnt sich wieder eine Renaissance an, die zu einer neuen Würdigung Hegels geführt hat, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Holland, England und Italien, so daß ein internationaler Hegelbund entstanden ist, unter dessen Führung die Säkularfeier in Berlin am 18. 10. stattfand. St.

Ein neues altes Bettagslied.

Kirchenlieder dichten und den Anspruch erheben, daß solche Lieder nun auch wirklich den Eingang in die Gesangbücher und durch sie in die singende Gemeinde fin-

Ostasien vor dem Rat.

— Berlin, 16. November.

Unter dem Vorsitz des französischen Außenministers Briand versammeln sich am heutigen Montag in Paris nochmals Vertreter der dem Völkerbundsrat angehörenden Mächte, um die Beilegung des chinesisch-japanischen Konflikts — oder sagen wir richtiger: die Beendigung des Mandchurenkrieges — vorzubereiten.

Deutschland ist in diesen Verhandlungen bisher wenig hervorgetreten. Während andere Regierungen zu den Mandchurenverhandlungen durchweg ihre Außenminister entsandten, begnügte sich die Reichsregierung mit der Vertretung durch einen Gesandten. Erstmals in der neuen Ratsitzung weist die deutsche Delegation eine stärkere Befehlsgewalt auf, indem ihr auch Staatssekretär Dr. von Bülow, der so wie in der Reparationsfrage in Paris zu tun hat, angehört.

Diese Einstellung Deutschlands hängt damit zusammen, daß gegenwärtig für die deutsche Politik die Neuordnung der Tribuffrage und die Umwandlung der kurzfristigen Auslandsverschuldung in Anleihen im Vordergrund stehen. Im übrigen aber bringt das deutsche Volk den Vorgängen in Ostasien ein sehr lebhaftes Interesse entgegen. Als ein Land, dessen Rechte wiederholt mit Füßen getreten sind und das noch heute eine ganze Reihe Forderungen an die Welt zu stellen hat, haben wir weitgehend Verständnis für den Freiheitswillen Chinas. Aber wir würdigen auch die Schwierigkeiten, mit denen Japan zu kämpfen hat, das gleich uns ein Volk ohne Raum ist.

Unserer Auffassung nach wird man daher die Probleme des Fernen Ostens niemals durch formal-juristische Methoden lösen können, sondern auch hier bedarf es einer konstruktiven Friedenspolitik, muß man sich mehr oder weniger aus dem Bann von Buchstaben lösen, die mit dem Schwert geschrieben wurden. Das ist die eine Seite des Mandchurenkonflikts. Daneben bilden die Vorgänge in Ostasien eine so wichtige Anlage gegen das System ungleicher Sicherheit, daß das von der deutschen Politik — und sei sie noch so sehr von der Tribuffrage überschattet — unmöglich übersehen werden darf. „Ein entwaflnetes Land ist eine Veruchung für seine Nachbarn“ hat diese Tage Reichswehrminister Groener im Gespräch mit einem amerikanischen Journalisten geäußert. Der Kanonendonner in der Mandchuren und das Krachen der Fliegerbomben „mitten im Frieden“ geben dieser Erklärung ein vielfältiges und starkes Echo. Nicht daß bei anders gelagerten Verhältnissen japanisch-chinesische Differenzen ausgeblieben wären, aber sehr wahrscheinlich wäre doch die Form der Auseinandersetzung eine wesentlich andere und ungefährlichere gewesen.

Daß der Völkerbund in langen Sitzungen den Zusammenstoß in der Mandchuren studiert, aber nichts getan hat, durch das der Frieden wiederhergestellt worden ist und neue Kämpfe verhindert wurden, muß Deutschland erst recht zu einem unerbittlichen Mahner machen, der nicht ruht, bis er sich die Gleichberechtigung im vollen Umfange zurückerkämpft hat.

Was nun die Bemühungen des Völkerbundes im einzelnen betrifft, hofft man jetzt in Paris auf eine Einigung dahin, daß der Völkerbundsrat das Recht erhält, eine Sachverständigenkommission zur Prüfung der „Anarchie in der Mandchuren“ in das Kampfgebiet zu entsenden, die an Ort und Stelle Untersuchungen anstellen soll. Die Mitglieder der Kommission sollen unter den Militärattachés der Völkerbundsmächte in Tokio ausgewählt werden. Die Kommission soll auch die Aufgabe erhalten, neben den eigentlichen Feststellungen über die Situation auch die Verhandlungen zwischen dem japanischen Oberkommando in der Mandchuren und den chinesischen Behörden über die Räumung zu überwachen und zu kontrollieren.

Parallel neben diesen Verhandlungen mehr lokaler und administrativer Art sollen dann aber direkte diplomatische Verhandlungen zwischen Japan und China aufgenommen werden. Die beiden Parteien sollen sich vor dem Völk-

den, kann man niemand verwehren. Es müßte aber solch ein Dichter eine wirkliche Berufung und eine hervorragende Begabung haben, wenn es ihm gelingen sollte, den überreichen Schatz des evangelischen Valters um ein Lied zu vermehren, das unserer leiderfüllten und nach neuen Wegen zum alten Gott, nach neuen Möglichkeiten, das Evangelium zum gott-lofen Volk zu bringen, trachtenden Gegenwart etwas Großes zu sagen hätte.

Etwas anderes ist es, wenn zu einer Melodie von kirchlicher Weihe und musikalischer Würde, die eines gangbaren Textes entbehrt, die für den gottesdienstlichen Gebrauch passenden Worte gefunden werden sollen.

Eine solche Weihe von höchster Kraft und Schönheit ist die des altniederländischen Volksliedes „Wir treten zum Beten vor Gott, den Gerechten“. Aber so wertvoll die Melodie ist und bleibt und so wertvoll der Text für die im sechzehnten Jahrhundert gegen Spanien um ihre Freiheit ringenden Niederländer war, so geht es heute doch nicht recht an, bei deutschen vaterländischen Feiern das geschichtlich bedeutsame Lied anzustimmen oder es gar in der Kirche zu singen. Ein Krieglieslied ist ein Krieglieslied, man mag seinen Sinn noch so geschickt umdeuten und es an heilige Stätten verpflanzen. Dem geläuterten hymnologischen und liturgischen Geschmack ist es deshalb unmöglich, das Lied in der — bis auf den unerträglichen Reim „hallet und waltet“ — guten Uebersetzung Joseph Weyls (1821—93) anders denn als historisches Dokument zu verwenden. Ebenso befriedigt die Bearbeitung durch Karl Budde nicht ganz, einmal dichterisch und sodann, weil er dem Lied durchaus den Charakter des Kriegliesliedes gelassen hat.

Gegenwärtig handelt es sich darum, die Melodie für das in Vorbereitung stehende neue schweizerische Kirchen-gesangbuch zu „retten“. Der Verfasser des Entwurfs hat einen namhaften religiösen schweizer Dichter, einen Vetttagstext dafür zu schaffen; doch der schneidet, statt zu leimen, wohl lieber mit Goethe aus ganzem Holze und wies den Auftrag ab. Gernach ging die Aufforderung an mich, die Sache zu versuchen. Ich sah gleich ein, daß sie einen tüchtigen Haken hat, nämlich dann, wenn man nicht auf die kunstvollen, aber die freie Entfaltung der Gedanken erheblich einschränkenden Binnenreime des niederländischen Originals verzichten will. Und diesen

terbundsrat formell verpflichtet, innerhalb einer „vernünftigen“ Frist ein greifbares Resultat zu erreichen.

Angenommen, daß jetzt eine solche Einigung zustande käme, so wäre damit der Mandchurien-Konflikt selbst noch nicht gelöst. Das Schwerkriegsgewicht der Verhandlungen würde sich lediglich von Genf nach Ostasien verlagern. Man kann es daher als sicher annehmen, daß der Mandchurien-Konflikt noch geraume Zeit die Diplomatie beschäftigen wird. Und in dieser Zeit kann sich jeden Tag ein neuer Zwischenfall ereignen, da sich ja die Truppen in nicht gerade großer Entfernung bewaffnet gegenüberstehen und die Erregung der Bevölkerung unvermindert groß ist.

Artilleriekampf um Tsitsihar.

Japanisches Ultimatum. — Verschärfung der russisch-japanischen Beziehungen.

— Peking, 16. November.

Aus der Mandchurien treffen neue Alarmnachrichten ein. Der japanische Oberkommandierende gab die Erklärung ab, die Japaner hätten Beweise dafür in Händen, daß der chinesische General Ma von russischen Truppen unterstützt werde. Daraufhin unternahmen die Japaner in Verbindung mit dem ihnen ergebenen chinesischen General Tchang Hai Peng einen Vorstoß in Richtung auf Tsitsihar. Im Verlaufe dieses Vormarsches ist es zu heftigen Zusammenstößen mit den Truppen des Generals Ma gekommen. Am Tsitsihar soll ein wilder Artilleriekampf toben. Die Angriffe der Japaner sollen von den Chinesen zurückgeschlagen sei, auch sprechen neuere Meldungen von Angriffen der chinesischen Kavallerie gegen die japanische Infanterie.

Der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in der Mandchurien, General Honjo, hat vom Kriegsministerium Anweisung erhalten, mit dem chinesischen General Ma Verhandlungen einzuleiten, die sich auf folgende vier Punkte beziehen sollen:

1. Ma soll die um Tsitsihar und Angantschi stehenden Truppen auf ihre ursprüngliche Stellung zurückziehen und in Tsitsihar nur die übliche Besatzung lassen; 2. keine Truppenabteilung darf südlich der Ostchinesischen Bahn verbleiben; 3. die Eisenbahn Taoman-Angantschi wird von dem Ordinaris Railway-Board verstaatlicht werden. Das chinesische Militär darf sich nicht in diese Verwaltung einmischen. Würde es dies doch tun, dann würden die Japaner das Recht erhalten, jede von ihnen für nötig gehaltene Maßnahme zu ergreifen; 4. alle Bedingungen müssen bis zum 25. November erfüllt werden.

Von russischer Seite werden die Meldungen über das Eingreifen bolschewistischer Truppen in den Kampf in der Mandchurien als unwahr zurückgewiesen.

Die „Central Daily News“ von Nanking meldet, daß japanische Truppen

Angantschi genommen

hätten. Dem gleichen Blatt zufolge sollen ein Brit und ein Franzose in der französischen KonzeSSION von Tientsin durch verirrte Kugeln während des chinesisch-japanischen Zusammenstoßes an der Grenze zwischen der Chinesenstadt und der japanischen KonzeSSION getötet worden sein.

Die japanische Presse übt heftig Kritik an dem Verhalten des Völkerbundes und lehnt eine Räumung der Mandchurien mit der Erklärung ab, bei einer solchen Maßnahme würden nur die Räuberbanden das Übergewicht erlangen. Die Absicht des Völkerbundes, eine neutrale Kommission zur Untersuchung der Lage zwecks beschleunigter Räumung einzusetzen und die Unterbreitung des Vertrages von 1915 an ein Schiedsgericht vorzuschlagen, komme für Japan überhaupt nicht in Frage. Nach allgemeiner japanischer Überzeugung auf Grund früherer Erfahrungen wäre der Konflikt ohne Eingreifen des Völkerbundes längst durch direkte Verhandlungen zwischen Tokio und Nanking erledigt.

* Nach einer Erklärung des spanischen Außenministers soll in der ersten Hälfte des Dezember die Präsidentenwahl stattfinden.

Verzicht würde einem mancher verdanken. Es galt also den erneuerten Inhalt in eine festumrissene Form gießen und sich vor der Gefahr hüten, ein Knecht des Reimes zu werden, statt ihn zu meistern.

Ob mir der Versuch gelungen ist? Ich möchte die Entscheidung nicht selbst treffen, schon um nicht der schwachen Liebe gegen das eigene Kind geziehen zu werden, sondern neben den Hymnologen vom Fach das singende Kirchenvolk um ein Urteil bitten. Wenn das neue alte Lied zum Beispiel am kommenden Buß- und Betttag da und dort vervielfältigt und von der Gemeinde gesungen würde, ließe sich wohl am besten erkennen, ob es wert ist, dem Kirchenliederbuch einverleibt zu werden. Ich weiß selber gut genug, wo ich, vom Zwange des Reimes befreit, zwar nicht dem Gedanken, aber der Form nach einen etwas anderen Weg eingeschlagen hätte. Wenn ich nun meinen Versuch der großen „Aufwärts“-Gemeinde unterbreite, so wäre ich dankbar für freundliche Worte der Ermunterung oder der Kritik im Interesse der guten Sache. Zuschriften aus Deutschland aber, bitte, mit Auslandsporto!

Dies mein Vorschlag des Buß- und Bettagsliedes:

Wir treten zum Beten
Vor dich, unsern Herren,
Beritret, verwirret,
Von Schulden beschwert.
Wir sollten dich ehren,
Zu dir uns bekehren;

Gott Gottes noch zu heißen, wir sind es nicht wert.

Dem Volke die Wolke
Zieh weg von den Blicken,
Und stärke zum Werke
Die Kraft und den Mut.
Zum Guten uns schicken,
Die Schwachen erquicken,

Sind Taten, die dein heiliger Geist in uns tut.

Dein Treue erneue
Den Geist und die Sinnen,
Dein Gnade führ gerade
Zum Licht uns hinan!
Der Feind weicht von hinnen,
Den Sieg wir gewinnen

Und preisen, was du Großes an uns hast getan.

Goldern (Schweiz)

Rudolf Burckhardt.

Die Wahlen in Hessen.

Außerordentlicher Erfolg der Nationalsozialisten.

— Darmstadt, 16. November.

Selten hat eine Landtagswahl in einem der kleineren deutschen Länder derart die Aufmerksamkeit des gesamten Reiches auf sich gezogen wie diesmal die Neuwahl des hessischen Landtags. Bestimmend dafür ist das Herannahen der Landtagswahl in dem größten deutschen Lande, in Preußen. Und die Tendenz dieser, auch für die Reichspolitik bedeutenden Wahl kann man bereits jetzt zu einem Teil aus der Umschichtung der Wählermassen erkennen, die sich jetzt bei den Wahlen in anderen Reichsteilen ankündigt.

Daß die Landtagswahl in Hessen starke Veränderungen bringen würde, stand bereits fest, ehe überhaupt die Urnen aufgestellt worden waren. Das bisherige Landesparlament Hessens war 1927 gewählt worden, also zu einer Zeit, wo das politische Gesicht Deutschlands ganz andere Züge zeigte als heute. Zur Illustration genügt der Hinweis, daß 1927 die Nationalsozialisten, die jetzt selbst im kleinsten Dorf stark vertreten sind, den Wahlkampfbüro überhaup nicht betreten hatten.

Merkwürdigerweise haben die großen politischen Fragen, um die in Deutschland seit Monaten der Kampf geht, und deren Lösungsmöglichkeiten die Gemüter erhitzen, nicht verhindert, daß 1931 in Hessen noch mehr Parteien um die Gunst der Wähler geworben haben als 1927. Waren es damals 8 Parteien, die Listen eingereicht hatten, dann betrug diesmal die Gesamtzahl sogar 13, und dabei ist diesmal die Wirtschaftspartei noch ausgefallen, weil die von ihr eingereichten Listen als den gesetzlichen Bestimmungen widersprechend zurückgewiesen worden waren.

Als eine lokale Besonderheit der hessischen Wahl verdient Erwähnung, daß für den Ausfall die Stimmabgabe des flachen Landes entscheidend war; wohnen nach der Statistik doch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in Ortschaften mit weniger als 3000 Einwohnern. Daß es so den Parteien, die übrigens sämtlich ihre erste Rednergarnitur eingesetzt haben, nicht leicht geworden ist, an die Wähler heranzukommen, liegt auf der Hand. Bei den lebenskräftigen Parteien wurden diese Schwierigkeiten aber dadurch überwunden, daß allenthalben überzeugte Freunde vorhanden waren, die keine Mühe und keine Arbeit scheuten, um die Massen aufzurütteln und das Heer der Nichtwähler, dem 1927 noch 45,5 Prozent der Stimmberechtigten angehörten, in Bewegung zu setzen.

Das ist diesmal in weitgehendem Maße gelungen, betrug doch die Wahlbeteiligung durchweg 80 bis 90 Prozent. In verschiedenen Städten und Gemeinden hatten bereits in den Mittagsstunden mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. In mehreren Orten waren um die Mittagszeit sogar bereits 80 Prozent der Wähler an der Urne gewesen. Zu Zwischenfällen ist es während der Wahlhandlung nicht gekommen. Auf dem Lande war die Wahlbeteiligung gleichfalls außerordentlich stark.

Es geht eben in Deutschland nicht mehr darum, ob hier und dort diese oder jene Koalition ans Ruder kommen soll, sondern wir sind jetzt in einen Auseinandersehungssproß geraten, in dem sich die Geister scheiden und neue Fronten entstehen. Der Blick muß jetzt, gleichgültig ob ein neuer Landtag oder ein neues Kommunalparlament gewählt wird, immer auf das Ganze gerichtet werden. Wir müssen heraus aus dem Wirrwarr der Parteienvielfalt und

die handlungsfähigen Gebilde schaffen, die Notzeiten wie die unsrige erfordern.

Insgesamt waren in Hessen 73 Abgeordnete zu wählen, und zwar entfiel auf je 20 000 Staatsbürger ein Abgeordneter. Im alten Landtag hatten das Zentrum und die Sozialdemokraten mit 37 Abgeordneten die Mehrheit. Die Staatspartei, deren Mitglied Krell als Arbeitsminister der alten Regierung angehört, war offiziell an der hessischen Staatsregierung nicht mehr beteiligt. Am Ruder war diese Koalition durch die verschiedenen Wahlen hindurch mehr denn zehn Jahre.

Das Ergebnis.

Frankfurt a. M., 15. November. Das amtliche Wahlbüro teilt folgendes berichtetes Gesamtergebnis der Landtagswahl in Hessen mit (die Zahl in Klammern hinter Mandate bezeichnet die Zahl der letzten Mandate der Partei nach der Landtagswahl von 1927):

Partei:	Stimmen:	Mandate:
S. P. D.	168 299	15 (24)
Zentrum	112 440	10 (13)
Kommunisten	106 775	10 (6)
Komm. Opposition	14 954	1 —
Deutsche Volksp.	18 325	1 (7)
Staatsp.	10 793	1 (5)
Radikaldem.	4 617	— —
Christlichsoz. Volksd.	16 712	1 —
Volkrechtsp.	1 529	— —
Hess. Landvolk	20 776	2 (9)
Deutschnat. Volksp.	10 857	1 (3)
Soz. Arbeiterp.	8 177	1 —
Natsoz. D. A. P.	291 189	27 —

Der Volksentscheid

in Braunschweig.

Negatives Ergebnis des Volksentscheids.

Der Volksentscheid hat, wie mit Sicherheit vorausgesehen war, zu einem durchschlagenden Mißerfolg der Veranstanter (Kommunisten) geführt. Bei einer Zahl von 352 724 Stimmberechtigten hätte die erforderliche Mehrheit 176 363 Stimmen betragen müssen, während in Wirklichkeit nur 41 289 Ja-Stimmen erzielt wurden, das sind 11,7 Prozent der Stimmberechtigten. Die abgegebenen Ja-Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Bezirke des Landes Braunschweig folgendermaßen: Stadt Braunschweig 19 326, Landkreis Braunschweig 2560, Kreis Wolfenbüttel 4981, Kreis Helmstedt 3752, Kreis Gandersheim 3537, Kreis Holzminden 2978, Kreis Blankenburg 4155, zusammen, wie oben gesagt, 41 289 gegen 360 79 Ja-Stimmen beim Volksbegehren am 28. Juni.

Vollstreckungsschutz-Verordnung

Landgemeinden und Osthilfe. — Dr. Gereke über die Finanzentwicklung.

— Stettin, 16. November.

Anlässlich einer Tagung des Provinzialverbandes der pommerischen Landgemeinden machte der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gereke-Pressel, längere Ausführungen über den Kampf der Landgemeinden. In Pommern, so führte er aus, rühre die Notlage der Landgemeinden daher, daß die Mehrzahl der Landgemeinden auf die Steuerkraft der Landwirtschaft angewiesen sei. Diese Steuerkraft sei jedoch mehr und mehr zurückgegangen. Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft seien daher unerlässlich.

Gegenüber dem neuen Ostkommissar Minister Schlange-Schönningen, so führte Redner weiter aus, müsse man den Wunsch aussprechen, daß mit größerer Beschleunigung als bisher durchgeführte Sanierungsmaßnahmen für den Osten durchgeführt würden. Leider mache man sich in vielen Großstädten, insbesondere auch in der Reichshauptstadt, noch kein genügend klares Bild von der tatsächlichen Notlage, die auf dem Lande herrsche und die sich besonders auf die Haushaltspläne der Landgemeinden so nachteilig ausgewirkt habe.

Wenn es heute nahezu zur allseitigen Erkenntnis geworden sei, daß Güter jeder Größenklasse zwangsversteigert würden, dann müsse man auch vom Standpunkt der ländlichen Kommunalwirtschaft darauf hinweisen, daß hier schnellste Hilfe geboten sei. Vieles sei schon veräußert worden.

Ein Handarbeits-Kursus

durch unseren neuen Band für 1,95 Mk.

Allerlei künstlerische Handarbeiten

- Er enthält: circa 200 Vorlagen aller Arten Handarbeiten, wie Deckchen, Tischdecken, Kissen, Kaffee- u. Tee-wärmer, Ueberhandtücher, Vorhänge, Lampenschirme, Damen-Taschen, Buchhüllen, Kleider und Blusen, Stickerien, Motive, entzückende Arbeiten für unsere Kleinsten usw. Herrliche Tüll- und Bastarbeiten aller Art.
- Er lehrt: in einem Lehrgang die verschiedenen Arten — der Bilder praktisch vorgeführt — so einfach — so verständlich, daß man spielend leicht darnach arbeiten kann.
- Er zeigt: wie man ohne große Ausgaben die schönsten Handarbeiten anfertigen kann.
- Er ist: von bleibendem Werte und das schönste Geschenk
- Er ist: für jede Frau — Braut — Tochter.

Preis nur 1,95 Mk.

bei vorheriger Einsendung auf unser Postcheckkonto 33200 Frankfurt a. M. Bei Nachnahme-Zusendung 30 Pf. mehr.

Georg Sachs Verlag Darmstadt

Abt. Handarbeiten A. 46.

Lebensraum für Deutschland.

Adolf Hitler über die Aufgaben der nationalsozialistischen Bewegung.

— Darmstadt, 16. November.

In einer Rede über die Aufgaben des Nationalsozialismus erklärte Adolf Hitler, der Führer der NSDAP., die Grundaufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sei nicht die Lösung von Tagesfragen, sondern die geistige Vorbereitung des deutschen Menschen, der die Schicksalsfrage unseres Volkes, Lebensraum für uns zu schaffen, lösen müsse.

Notwendig sei die Wiedergewinnung der Beziehung zum Boden, deren Verlust uns geistig entwurzelt habe. Letzten Endes werde das Volk bestehen, das außer Güte und Billigkeit seiner Leistungen auch Kraft genug besitze, sich durchzusetzen. Die Völker, die dies könnten, würden zur Wirtschaftsaufblüte kommen, und ein Volk, das das nicht könne, werde zur Schaffung des notwendigen Lebensraumes das Schwert in die Waage werfen müssen.

Der Nationalsozialismus sei der Wall gegen den Bolschewismus. Die Demokratie verstecke sich hinter einer Wehrheit, die nicht verantwortlich zu machen sei, und löse das Gefühl des einzelnen für die Verantwortungspflicht für seine Handlungen aus. Überwindung der heutigen Demokratie sei Voraussetzung für den Aufstieg.

Korfanth klagt an.

Er bestätigt die Gewalttaten in Ostoberschlesien und die staatliche Unterstützung der Aufständischen.

In dem großen politischen Prozeß gegen die Gefangenen von Brest-Litowsk begann die Vernehmung der Entlastungszeugen. Dabei gestatteten sich die Anklagen der führenden Politiker der polnischen Rechten Trompczynski, des ehemaligen Senats- und Sejmarschalls, und Korfanth, des Widerjähers Pilsudskis in Ostoberschlesien, überaus sensationell.

Trompczynski schilderte klar und bestimmt verschiedene Verfassungsübertretungen der Regierung Pilsudski und erklärte, daß er ihre Wege zur Zeit, als er noch Sejmarschall gewesen sei, dem Staatspräsidenten persönlich Vorhaltungen gemacht habe. Dieser habe ihm darauf geantwortet, daß man sich dem Willen Pilsudskis, „einer Persönlichkeit, wie sie nur alle zweihundert Jahre vorkomme“, unterwerfen solle. Trompczynski erklärte weiter, daß er seinerzeit, als die Verfassungsübertretungen erfolgt seien, den Staatspräsidenten nicht zur Verantwortung habe ziehen wollen, um Polen einen Skandal zu ersparen. Inzwischen seien aber

die Verfassungsübertretungen zu einem System ausgebaut worden.

Zu stürmischen Szenen führte die Vernehmung Korfanths. Korfanth schilderte die Lage in Ostoberschlesien und bestätigte, daß sich der Aufständischenverband, an dessen Spitze der Wojewode Gracynski stand, zahlreicher Terrorakte schuldig gemacht hat. Infolge der besonderen staatsrechtlichen Stellung der deutschen Minderheit hätten die polnischen Vertreter in Genf einige solcher Terrorfälle zugelassen müssen. Korfanth wies weiter darauf hin, daß dieser gleiche Aufständischenverband aus staatlichen Geldern Unterstützungen erhalte, die in die Hunderttausende gingen.

Dramatisch gestaltete sich die Szene, als einer der Verteidiger bemerkte, daß in der Anklageschrift Korfanth beschuldigt werde, in Diensten Deutschlands gestanden zu haben. Korfanth erwiderte in höchster Erregung, daß er zu denen gehöre, die für Polen unter Einsatz ihres Lebens etwas geleistet hätten.

Er habe auch in preussischen Gefängnissen gesessen, aber dort habe man ihn nicht so behandelt wie in Brest-Litowsk.

Der Vorsitzende unterbrach ihn mit den Worten: „Ich lasse derartige Kundgebungen nicht zu!“ Darauf entgegnete Korfanth: „Das ist keine Kundgebung, das ist die Wahrheit!“ Unter allgemeiner Bewegung verfügte der Vorsitzende eine kurze Verhandlungspause.

Einsprüche gegen Präferenzen.

Inkrafttreten der Verträge mit Ungarn und Rumänien verschoben.

Die von Anfang an vorhandenen Schwierigkeiten in der Frage des Inkrafttretens der Präferenzverträge (Vorzugsabkommen) mit Ungarn und Rumänien haben jetzt die Inkraftsetzung der beiden Abkommen zu dem ursprünglich bestimmten Termin verhindert. Die notwendige Zustimmung der meistbegünstigten Staaten konnte nicht erreicht werden.

Etwa 20 Länder haben von ihrem Einspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht, darunter Frankreich, Belgien und Brasilien. Rußland, die Vereinigten Staaten und Dänemark wollten nur zustimmen, wenn man ihnen ähnliche Vorzüge einräumte, was aber nicht möglich war, da der Abschluß von Präferenzverträgen sonst überhaupt seinen Zweck verliert.

Direkten Einspruch erhoben die Tschechoslowakei, Argentinien und die Türkei. Die Prager Regierung stellte die Forderung, daß die von Deutschland Vorzugszölle für Gerste und Malz zugestanden werden und wollte ihre ablehnende Haltung aufgeben, falls vor dem 15. November ein günstiges Verhandlungsergebnis zwischen Prag und Berlin erreicht werden könnte. Sie hat später diese Terminfregungen wieder fallen gelassen unter Aufrechterhaltung ihrer Präferenzwünsche.

Deutschland wird sich nun mit der ungarischen und der rumänischen Regierung erneut an den Verhandlungstisch setzen, um darüber zu beraten, wie man wenigstens zu einer teilweisen Inkraftsetzung der Verträge kommen kann. Das zweigeteilte ungarische Abkommen, das in seinem zweiten Teile die Einfuhr von 6000 bis 7000 Stück Rindern und 80 000 geschlachteten Schweinen vorsieht, wird bereits vor Abschluß der neuen Verhandlungen praktischen Wert gewinnen.

Kaiser-Proklamation in Mukden

Für heute erwartet. — Fortgang der Kämpfe am Nonni-Fluß.

— London, 16. November.

Die englische Nachrichtenagentur Reuter gibt Meldungen aus Peking wieder, wonach die bereits angekündigte Wiedererrichtung eines chinesischen Kaiserreiches noch im Laufe des heutigen Montags in Mukden erfolgen soll. Unterstützt werde die Kaiserproklamation durch Japan. So soll auch ein japanischer Offizier den jungen Kaiser reglementiert aus Tientsin an Bord eines japanischen Zerstörers entführt und nach Dairen gebracht haben, von wo dann Kaiser Huan Tung schleunigst nach Mukden weitergefahren zu sein scheint. Von japanischer Seite wird allerdings dieser Darstellung widersprochen.

An der Nonni-Brücke ist der Kampf auch während des Wochenendes weitergegangen, nachdem der chinesische General Ma das ihm überreichte Ultimatum der Japaner abgelehnt hatte. Die Feldbefestigungen der Truppen des Generals Ma erstrecken sich über 5 Kilometer und sind mit 30 Feldgeschützen, zahlreichen Minenwerfern und Maschinengewehren ausgestattet. Auf beiden Flügeln stehen starke Kavallerie-Abteilungen. Die Japaner haben aus dem Süden Verstärkungen herangeschafft und bereiten offenbar den Sturm auf Tientsin vor.

Sollte Tientsin von den Japanern besetzt werden, dann würde damit der Konflikt die allergrößten Ausmaße annehmen, denn mit der Einnahme Tientsins durch die Japaner würde Rußland direkt beteiligt werden, weil dann dieser wichtige Punkt der ostsibirischen Eisenbahn, die gemeinsam von den Chinesen und Russen verwaltet wird, in die Hände der Japaner gelangen würde.

Russische Note an Japan.

— Moskau, 16. November.

Der Leiter der russischen Außenpolitik, Litwinow, übergab dem japanischen Botschafter eine Erklärung zur Weiterleitung nach Tokio. Darin heißt es, mit dem Gefühl äußerster Bedauerns stelle die Sowjetregierung fest, daß japanische Militärführer Erfindungen über die Unterwerfung dieses oder jenes chinesischen Generals durch Rußland verbreiten.

„Die Sowjetunion — so fährt die Erklärung dann fort — macht die japanische Regierung auf diese gewissenlose sowjetfeindliche Kampagne aufmerksam, die gewisse Militärführer der Mandschurei systematisch durchführen und die die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion komplizieren. Die Regierung der Sowjetunion hält es im Zusammenhang damit für zeitgemäß, an die Versicherungen des japanischen Botschafters zu erinnern, daß die Interessen der Sowjetunion durch die Ereignisse in der Mandschurei keineswegs Schädigung erfahren werden.“

Sie muß um so mehr daran erinnern, weil Informationen vorhanden sind, daß das japanische Kommando die Ueberbreitung der Ostasienbahn im Bezirk Tientsin und eine Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs vorbereitet, was der Sowjetunion materiellen Schaden zufügt. Die Sowjetregierung rechnet damit, daß die Versicherungen, die die japanische Regierung abgegeben hat, in Kraft bleiben und nicht verlegt werden.“

Die Verhandlungen mit Rußland

Drei Kommissionen gebildet.

Amisch wird mitgeteilt: Ausgehend von dem Wunsche, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu erweitern, sind die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen aufgenommen worden. Für die Erörterung und Ausarbeitung der erforderlichen Maßnahmen sind drei Kommissionen gebildet worden:

1. eine Kommission für landwirtschaftliche Waren,
2. eine Kommission für nichtlandwirtschaftliche Waren,
3. eine Kommission für Spezialfragen.

Die Arbeiten in den Kommissionen werden unverzüglich aufgenommen werden.

Konferenz der Innenminister.

Gerüchte über ein Verbot der kommunistischen Partei.

Am Dienstag treten die Innenminister der deutschen Länder im Gebäude des Reichsinnenministeriums zu einer Konferenz zusammen. Es ist das die erste Konferenz der deutschen Innenminister unter dem Vorsitz des Ministers Groenens. Der Hauptgegenstand der Beratungen bildet die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Im Rahmen dieser Konferenz werden daher auch die vielen blutigen Zusammenstöße der letzten Zeit erörtert werden müssen.

So haben dieser Tage Führer der S.-M. bei Hindenburg um einen Empfang nachgesucht, um ihm Material zu den Ueberfällen auf Nationalsozialisten zu unterbreiten. Vom Reichsministerium des Innern wird dazu unter Ablehnung mündlicher Erörterungen mit der S.-M. erklärt, nach Ansicht des Reichsministers sei dieses Material den zuständigen Stellen bereits bekannt.

Aus Anlaß der Ministerkonferenz werden nun von den verschiedensten Seiten Mutmaßungen über die eventuellen Beschlüsse der Minister angestellt. So ist von einer Ausdehnung des in einzelnen Ländern bestehenden Demonstrationsverbots auf das ganze Reich die Rede. Bekanntlich sind derartige Pläne auch früher schon erörtert worden. Ferner wird von einem allgemeinen Unisormverbot gesprochen. Was an diesen Gerüchten Wahres ist, läßt sich im Augenblick noch nicht nachprüfen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß Maßnahmen der Reichsregierung nach der einen oder anderen Seite nur soweit erfolgen werden, als sich darüber eine Einigung mit den Länderregierungen herbeiführen läßt.

Zu den von einigen Zeitungen wiedergegebenen Meldungen, wonach auf der Konferenz der Innenminister die Frage eines Verbots der kommunistischen Partei behandelt werden soll, erfährt ein Nachrichtenbüro, daß im Reichsinnenministerium von diesen Plänen nichts bekannt sei.

Nach der Ministerkonferenz, also nach dem Bußtag, soll dann die Aussprache zwischen Groener und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun stattfinden, die sich anlässlich des Rundfunkkonflikts als zweckmäßig erwiesen hat.

Verchiedenes.

57. Landestagung des Sittlichkeitsbundes vom Weissen Kreuz. Am Buß- und Betttag ist in Hagen die 57. Landestagung des deutschen Sittlichkeitsbundes vom Weissen Kreuz in Rheinland und Westfalen für Männer und junge Männer. Ärzte, Pfarrer, Berufsarbeiter und freie Mitarbeiter dienen mit Vorträgen und Referaten. Am Vormittag ist Festgottesdienst und Feier des Heiligen Abendmahls. Der Tagungsplan kann von Herrn Adolf Symmen, Hagen i. W., Hugo Preußstraße 14, bezogen werden.

Local- und Provinzialnachrichten.

Ein Gang durch Alt-Bielefeld. Ein guter Kenner der Bielefelder Stadtgeschichte, Herr Bungeoth-Bethel, wird morgen, Dienstag abends um 8 Uhr im Vortragsaal der geschichtlichen Abteilung des Stadt. Museums, Wertherstraße 3, einen Lichtbildervortrag halten über das Thema: „Ein Gang durch Alt-Bielefeld.“ In Form eines Spazierganges wird Herr Bungeoth von der Geschichte Bielefelds seit dem Mittelalter erzählen. Der Vortrag wird eingestimmt sein auf die bekannten Verse Schönaich-Carolaths:

„Rondschein und Giebelhäuser
In einer deutschen Stadt;
Ich weiß nicht, warum der Anblick
Mich stets ergreifen hat.“

Die in den letzten Jahren in Zeitungen und Zeitschriften erschienenen, hochinteressanten, auf Sachkenntnis gegründeten und von Heimatliebe durchglühten Aufsätze des Herrn Bungeoth lassen erwarten, daß sich der Lichtbildervortrag am Dienstag ab. besonders interessant gestalten wird. Er ist in erster Linie für die Bewohner Bethels gedacht. Als Eintrittsgeld werden 20 Pfennig erhoben.

50 Jahre deutsche Sozialpolitik. Die Christliche Arbeiterhilfe veranstaltet am Dienstag, den 17. 11., abends 7.45 Uhr im Haus der Technik-Bielefeld eine Rundgebung: „50 Jahre deutsche Sozialpolitik.“ Außerdem wird die Geschäftsführerin der Christlichen Arbeiterhilfe Westdeutschlands, Fräulein Sandforth, Köln, eine Ansprache halten: „Die Aufgaben der Christlichen Arbeiterhilfe.“ Die Rundgebung selbst wird von gefanglichen Darbietungen von Fräulein Braun, Begleitung Kapellmeister Neiger vom Stadttheater Bielefeld umrahmt. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 40 Pfennig, an der Kasse 50 Pfennig. Da sich erfreulicherweise Fräulein Braun, sowie Kapellmeister Neiger uneigennützig in den Dienst der Sache stellen und ebenfalls Herr Kemp, Obertorwall den Flügel zur Verfügung stellt, so soll der Gesamtertrag der Winterhilfe der Christlichen Arbeiterhilfe zufließen.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8¼ Uhr Männerchor in „Ephrata“.

Schriftleitung: W. Kraus; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Am Samstag morgen 8 Uhr erlöste Gott der Herr meinen geliebten Mann, unsern herzensguten Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Amtsoberssekretär
Theodor Gering

im Alter von 44 Jahren von seinem langen, schweren Leiden.

In tiefem Schmerz

Frau Pauline Gering
geb. Waimann
Hildegard Gering
Wiltraud Gering.

Bielefeld, den 14. November 1931
Grünstraße 32.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. November um 3 Uhr von der Zionkirche in Bethel zum Gadderbaumer Friedhof statt. Vorfeier um 1½ Uhr. Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen.

Heute vormittag verschied nach längerem Leiden unser

Amtsoberssekretär

Herr Theodor Gering

Unermüdete Arbeitskraft, treue Pflichterfüllung, regstes Interesse für alle Angelegenheiten der Gemeinde machten ihn uns wert.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Gadderbaum, den 14. November 1931.

Die Amts- und Gemeindeverwaltung

Heidschnuckenlammfleisch

Postpaket ½ Braten, ½ Kochfleisch 8,50 Mk. einschl. Porto und Verpackung gibt ab die

Arbeiter-Kolonie, Freital, Kr. Sillingen (Prov. Hannover)

Leichtlungeentrante u. Erholungsbedürftige

finden liebevolle Aufnahme bei zeitgem. Preise. Liegehallen am Walde, Zentralheizung usw.

Kurheim Frau Dr. Brandner, St. Blasien.

Feinste Tischbutter!

9 Pfd. netto 12,80 Mk. fr. Nachn.

Reddingius, Loga.

Gesucht zum 1. Jan. 1932 für ein evang. Mädchen-Internat (Westf.) christl. gesinnte, mit allen Hausarbeiten vertraute

Wirtschaftshilfe

Koch- u. Nähkenntnisse erforderlich. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild unter Nr. 2033 an die Geschäftsst. d. Bl.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille

liefern als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen“ — Seite 20—26

Katalog und Preisliste gratis.